

ROTE POST

Nr.78

Juli 2024

INTERNATIONAL

6 DIE ANTIIMPERIALISTISCHE
LIGA STELLT SICH VOR!

BRD

8 BETRACHTUNGEN ZUR
EU-WAHL

FRAUEN

10 GEWALT GEGEN FRAUEN
STEIGT

BERLIN

12 SCHALL UND RAUCH
WEGEN LIKE?

HAMBURG

14 DER KAMPF DER
HAFENARBEITER

BREMEN

16 LIEFERANDO VOR
GERICHT

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 DUISBURG GEGEN DIE KOM-
PLIZEN DES VÖLKERMORDS

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 ABBAU DER
GESUNDHEITSVERSORGUNG

KULTUR

22 HIND'S HALL

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

BUENOS AIRES: MASSENPROTESTE GEGEN SPARPOLITIK

DIE ANTIIMPERIALISTISCHE LIGA STELLT SICH VOR!

**BETRACHTUNGEN ZUR EU-WAHL
GEWALT GEGEN FRAUEN STEIGT**

SCHALL UND RAUCH WEGEN LIKE?

DER KAMPF DER HAFENARBEITER

LIEFERANDO VOR GERICHT

**DUISBURG GEGEN DIE KOMPLIZEN DES
VÖLKERMORDS**

ABBAU DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

HIND'S HALL

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

am Samstag, den 15. Juni, fand in Lyon, Frankreich eine große Demonstration zur Unterstützung Palästinas, für Georges Ibrahim Abdallah und zwei Genossen der Ligue de la Jeunesse Révolutionnaire (Liga der Jungen Revolutionäre; LJR) statt.

Mehr als 3.000 Teilnehmer folgten dem Aufruf der Vereinten Kampagne für die Freiheit von Georges Abdallah, der LJR und dem Collective 69 Palestine: Für die Freiheit des seit vier Jahrzehnten in französischen Kerkern eingesperrten libanesischen Freiheitskämpfers, in Solidarität mit dem gerechten heldenhaften Kampf der Nationalen Widerstandsfront Palästinas und zur Unterstützung der zwei Aktivisten, die aufgrund ihres Engagements vom französischen Staat verfolgt werden.

Teil des großen, entschlossenen und kämpferischen Kontingents beteiligten sich viele politische und gewerkschaftliche Organisationen aus allen Teilen Frankreichs und benachbarten Ländern wie Deutschland, Österreich und Spanien.

Vereint unter den gemeinsamen Parolen und der Erklärung der Unterstützung des Widerstand und der Verurteilung des völkermörderischen Kriegs Israels, den Imperialisten und ihrer reaktionären Lakaien marschierten vielen verschiedenen französische Revolutionäre, Gewerkschaften und Antifaschisten, Palästinenser, Indonesier, Kanaken („Neukaledonier“), Kurden, die türkischen Genossen von Partizan, österreichische Genossen der Roten Fahne Österreich, der Internationale Kommunistische Bund und auch Aktivisten des Roten Bunds, welche auch in Deutschland die Fahne des palästinensischen Widerstands und den Kampf um die Freiheit Georges Abdallahs hochhalten.

Wir können sehen wie der Kampf des Volkes von Palästina die Revolutionäre der verschiedenen Ländern inspiriert und vereint. Wir sehen, wie der Internationale Kommunistische Bund und seine Mitgliedsorganisationen an verschiedenen Frontabschnitten des Kampfes unserer Klasse tatsächlich eine führende Rolle einnimmt.

Insbesondere gilt dies auch für die Frage der gemeinsame Wahlboykott-Kampagne von Maoisten aus acht Ländern gegen die EU-Wahlen, zu der Genossen aus Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, Schweden und Spanien, Brasilien, der Türkei und Peru beigetragen haben. Das ist ein bemerkenswertes Zeichen dafür, wie die revolutionäre Bewegung in der Alten Welt voranschreitet, Hand in Hand mit fortgeschrittenen Kräften der Dritten Welt. Dies zeigt den Fortschritt des Prozesses der Reifung der subjektiven Kräfte der proletarischen Weltrevolution im europäischen Kontext und ihre treibende Rolle im gegenwärtigen Panorama, da auch Kräfte in sechs weiteren Ländern - Galizien, Griechenland, Irland, Italien, Schweden und Großbritannien - auf verschiedene Weise mit der Boykott-Kampagne zusammengekommen sind.



Kundgebung vor dem französischen Konsulat in Hamburg



BILD DES MONATS

Die Austeritätspolitik des argentinischen Regimes unter Javier Milei, hat in Argentinien und besonders der Hauptstadt Buenos Aires vor dem Kongressgebäude zu Massenprotesten und heftigen Kämpfen gegen die Polizei geführt. Die bürgerliche Presse in Deutschland hat diese Massenproteste und die Reform größtenteils totgeschwiegen.

Quelle: Al Jazeera



DIE ANTIIMPERIALISTISCHE LIGA STELLT SICH VOR!

Wir berichten über die verschiedenen Kämpfe der unterdrückten Völker. Die Welt ist in Aufruhr und es zeigt deutlich, wie und dass der Imperialismus in einem komplexen System von Kriegen aller Art untergeht. In Palästina kämpft die nationale Widerstandsfront weiter heldenhaft gegen den israelischen Völkermord, der unter Führung des US-Imperialismus mit der Hilfe Deutschlands stattfindet. Im Jemen stellt sich das Volk, geführt von den „Houthis“, dem Völkermord in Gaza entgegen und ist in einer direkten militärischen Konfrontation mit USA, Großbritannien und auch Deutschland. In ganz Westasien kämpfen bewaffnete Formationen im Libanon, Irak und Syrien gegen die US-Besatzer und ihre israelischen Lakaien. In der Sahel-Region in Ost- und Westafrika erleiden der französische und deutsche Imperialismus eine Niederlage nach der anderen. Jüngst erhoben sich die Menschen in Kenia auch gegen das verhasste Regime und stürmten das Parlament. In Lateinamerika, als schwächstes Glied der imperialistischen Kette, sind die Volkskämpfe weit entwickelt, nehmen bewaffnete Formen an, und bringen die bestehenden Regimes an den Rand des Kollaps. In vielen Ländern entwickeln sich die subjektiven Kräfte, um die Länder vom Imperialismus zu befreien und eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen.

Es zeigt sich sehr klar vor unseren Augen: Die unterdrückten Völker und Nationen wollen nicht mehr vom Imperialismus und ihren Lakaien ausgebeutet und unterdrückt werden. Und die Imperialisten haben immer mehr Probleme die aufständische Bevölkerung unter Kontrolle zu halten. Parallel dazu entwickelt sich weltweit und auch in den imperialistischen Staaten eine lebendige und wachsende antiimperialistische Bewegung in Unterstützung der Kämpfe der unter-

drückten Völker. Millionen von Menschen gehen weltweit gegen den Genozid in Gaza und für den palästinensischen Widerstand auf die Straße. Mitten in Europa und Deutschland finden kämpferische Aktionen statt.

Dieser Sprung in der Kampfaktivität gegen den Imperialismus auf der ganzen Welt hat jetzt auch einen organisatorischen Ausdruck gefunden. Anfang letzten Monats haben Organisationen aus Lateinamerika, Asien und Europa den angekündigt, dass sie am Aufbau einer weltweiten und internationalen, antiimperialistischen Kampforganisation arbeiten: **Die Antiimperialistische Liga.**



Diese künftige Antiimperialistische Liga, so das verantwortliche Koordinationskomitee, soll ein internationaler Zusammenschluss von Antiimperialisten werden, der für die weitere Bündelung aller fortschrittlichen und antiimperialistischen Organisationen in einer zentralen Organisation streitet. Die Antiimperialistische Liga will eine größtmögliche Einheit gegen das imperialistische System schaffen, welches sie als Hauptursache für den weltweiten Hunger, die tiefe und weit verbreitete Armut und die wiederkehrenden Kriege für die Neuaufteilung durch die Imperialisten und ihre Lakaien sieht. Um dagegen zu kämpfen, wird die Antiimperialistische Liga sich an den gerechtfertigten Kämpfen auf der Welt beteiligen und sie unterstützen. Seien es die Kämpfe von armen Bauern gegen ihre Vertreibung und Ausbeutung im

Interesse internationaler Monopolkonzerne oder die Kämpfe in der Umweltbewegung, für demokratische Rechte und gegen Faschismus. Dabei betont die Antiimperialistische Liga die Wichtigkeit, den antiimperialistischen Kampf auf einer richtigen ideologischen und politischen Grundlage zu führen.

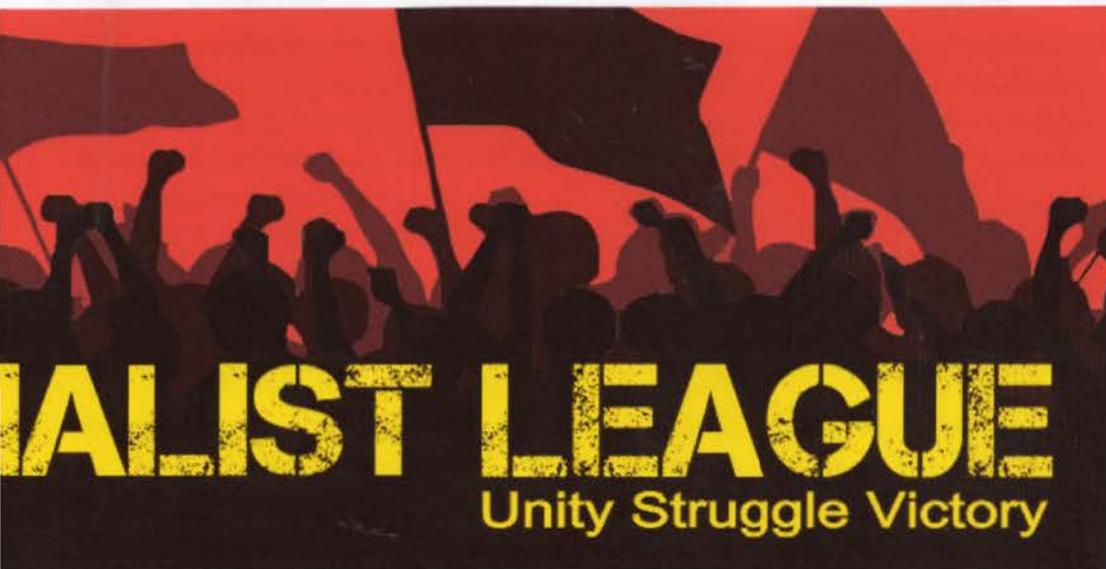
In Anbetracht der Weltlage und den heldenhaften Kämpfe der unterdrückten Völker, muss man sich vor Augen führen, dass antiimperialistische Kämpfe unsere Unterstützung verdienen, das aber nicht unbedingt bedeutet, dass die Kräfte, die diese Kämpfe anführen, konsequente Antiimperialisten sind.

Sicherlich können auch Kräfte, die nicht die Arbeiterklasse repräsentieren, antiimperialistische Kämpfe führen und auch große Siege einfahren. Sie können aber kein Land und Volk vollständig vom Impe-

Grundlage betont wird, ist den Kampf darum zu führen den Antiimperialismus nicht nur auf den Kampf gegen ein imperialistisches Land in den Kolonien und Halbkolonien zu beschränken und ihn beispielsweise auf den Kampf gegen die USA oder eine andere imperialistische Macht zu reduzieren.

Für uns als Menschen, die in einem imperialistischen Land wie Deutschland leben, ist vor allem wichtig zu verstehen, dass es keinen anderen Weg gibt als sich uneingeschränkt und kompromisslos an die Seite der unterdrückten Völker der Welt zu stellen. An die Seite der antiimperialistischen Bewegung gegen den eigenen Imperialismus und damit dem deutschen Imperialismus in den Rücken zu fallen. Dafür müssen wir uns u.a. viel mehr damit auseinandersetzen, wo und wie der deutsche Staat und seine Monopole die Menschen auf der Welt ausbeuten. In Osteuropa beispielsweise

ist Deutschland sehr dominant. Auch in der BRD selber findet die Ausbeutung der Völker der dritten Welt statt, mit der wir uns mehr beschäftigen müssen. Im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen werden ausländische Arbeitskräfte speziell dafür importiert. In der deutschen Landwirtschaft geht man sogar noch weiter. Dort importiert man zur Spargelzeit nicht nur



rialismus befreien. Die Taliban beispielsweise sind reaktionäre Vertreter der Feudalherrenklasse und Großgrundbesitzer, und dennoch führten sie einen erfolgreichen Kampf gegen die USA, die NATO und ihre Lakaien und vertrieben die Invasoren. Heute verkaufen die Taliban das Land und seine Rohstoffe an die Imperialisten. Das afghanische Volk hat die Besatzer vertrieben, das ist großartig, aber die vollständige nationale Befreiung wurde nicht erreicht. Eben weil sich Antiimperialismus gegen den Imperialismus als System und alle Ausbeuterklassen und -verhältnisse richten muss und nicht nur gegen imperialistischen Krieg und Besatzung.

Eine andere Frage, die von der antiimperialistischen Liga in der Frage der ideologisch-politischen

Tausende Rumänen, Bulgaren und Polen, sondern hält unsere Klassenbrüder und -schwestern auch in Verhältnissen, in denen man ihnen elementare Grundrechte und ihren Lohn verwehrt und in Baracken einsperrt.

Die Bandbreite an Herausforderungen in der antiimperialistischen Bewegung ist komplex, gerade weil die Bewegung lebendig ist. Entsprechend sind die gemachten Ankündigungen wirklich vielversprechend und haben eine glänzende Perspektive. •

Auf der Website AIL-RED.COM findet ihr verschiedene Publikationen der Antiimperialistischen Liga

BETRACHTUNGEN ZUR EU-WAHL

Die Unionsparteien, CDU und CSU, kommen zusammen auf 30 Prozent der abgegebenen Stimmen und werden mit leichten Gewinnen von rund einem Prozent zur stärksten der angetretenen Partei. Die drei Parteien, die gegenwärtig die Bundesregierungskoalition bilden, erhalten zusammen gerechnet etwa gleich viele (31 Prozent) Stimmanteile wie CDU/CSU (30 Prozent). Wie an anderer Stelle bereits festgestellt wurde manifestiert sich hierin, dass es eine sehr große Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung gibt, allerdings die „Stabilität“ der deutschen Führung innerhalb der EU gewahrt bleibt.

Die Wahlbeteiligung von knapp 65 Prozent in Deutschland liegt weit mehr als 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union und ist einer der höchsten Wahlbeteiligungen, die es in Deutschland bei einer Europa-Wahl je gegeben hat. Dieser Erfolg entspricht den Interessen des deutschen Imperialismus und ist zum einen Resultat einer sehr großen Mobilisierung von allen Seiten des bürgerlich-parlamentarischen Parteienspektrums in Deutschland und zum anderen, dass die deutsche Bevölkerung Teil einer imperialistischen Nation ist, die EU also grundsätzlich zu ihrem Vorteil agiert. Die Kampagne „Gegen Hass und Hetze“ der Regierungsparteien verfiel nicht. Die scheinheilige Kampagne „Für Frieden, gegen die Krise“ durch AfD und BSW hingegen schon.

Aber wie verhält sich der Teil der Bevölkerung der mehr im Widerspruch zur imperialistischen BRD steht, als dass er durch ihre Existenz profitieren würde? Dazu lohnt sich eine detaillierte Betrachtung von einzelnen Wahlkreisen.

Nehmen wir als erstes Beispiel Bremen. Dort gibt es durchaus unterschiedliche Ergebnisse in den verschiedenen Stadtteilen. Zunächst ist es wenig erstaunlich, dass in Bremen insgesamt deutlich weniger Menschen wählen gegangen sind, als im Durchschnitt in Deutschland. Nur 57 Prozent haben ihre Stimme in der Stadt an der Weser abgegeben.

Innerhalb dieses ärmsten aller Bundesländer gibt es zudem ein deutliches Gefälle. In Bremerhaven lag die Wahlbeteiligung beispielsweise in Lehe und

Leherheide bei 46 bzw. 46,2 Prozent. In Gestemünde waren es sogar nur 44,8 Prozent. In Osterholz in Bremen selbst lag die Wahlbeteiligung in Tenever bei 33,5 Prozent, in Blockdiek bei 39,3 Prozent und in Ellenerbrook-Schevemoor bei 44,8 Prozent. Am nord-westlichen Ende von Bremen, in Blumenthal, wählten in Rönnebeck 47,3 Prozent, in Blumenthal 43,4 Prozent und in Lüssum-Bockhorn nur 42 Prozent. In Gröpelingen, etwas zentraler gelegen, konnten in Oslebshausen 43,2 Prozent, in Lindenhof 42 Prozent, in Gröpelingen 37,3 Prozent und in Ohlenhof ganze 35,1 Prozent zur Stimmabgabe bewegt werden. Im südlichen Stadtteil Huchting wählten in Kirchhuchting lediglich 42,7 Prozent. In der Neuen Vahr ließen sich nirgends mehr als 40 Prozent dazu verleiten ihre Stimme abzugeben. In der Neuen Vahr Nord waren es sogar nur 37,9 Prozent.

Was haben diese Stadtteile miteinander gemeinsam, sind sie doch über die ganze Stadt verstreut? Es sind zwei signifikante Merkmale: Erstens leben hier die armen Bremer und zweitens leben hier überdurchschnittlich viele Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Eben jene, die deutlich weniger Vorteile vom imperialistischen Deutschland haben, als dass es ihnen Nachteile bringt zu den Ausgebeuteten und Unterdrückten in diesem Land zu gehören.

Richten wir den Blick auf die Hauptstadt, dann erwarten wir nicht zu unrecht ein ähnliches Ergebnis. In Berlin gibt es drei Stadtteile, welche bei der EU-Wahl mit besonders niedriger Wahlbeteiligung hervorstechen: Spandau, Marzahn-Hellersdorf und Neukölln. Stadtteile, die eine vergleichbare Situation haben, wie wir sie für die oben genannten Bremer Stadtteile dargestellt haben.

Im Spandauer Zentrum, zum Beispiel zwischen Brunsbüttler Damm und Klosterstraße, haben gerade einmal ein Viertel der Menschen ihre Stimme abgegeben. Im restlichen Zentrum liegen die Ergebnisse zwischen etwas unter 30 bis knapp unter 40 Prozent Wahlbeteiligung. Auf der anderen Seite der Stadt, im Osten Berlins, in der Mitte und im Norden von Marzahn-Hellersdorf, ergibt sich ein ähnliches Szenario. Wahlergebnisse von unter 25

Prozent in einigen Wahllokalen unweit der Allee der Kosmonauten. Im Rest des Stadtteils werden selten die 40 Prozent Wahlbeteiligung geknackt. Und diejenigen, die wählen gehen, die wählen „Opposition“. BSW und AfD kommen hier zusammen auf deutlich über 40. Neukölln schafft sogar noch weniger. Um den südlichen Teil der Sonnenallee herum gibt es Gegenden, in denen es die bürgerlichen Parteien gerade so geschafft haben 17 Prozent zu erreichen. Alle zusammen. Da Neukölln durchaus unterschiedlich zusammengesetzt ist, sind die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung hier recht hoch. Doch in vielen Teilen schwankt die Wahlbeteiligung um die 30 Prozent.

Nächste Großstadt, gleiches Bild. Hamburg. Billstedt. Sonnenland. 28,1 Prozent. Um den Schlemer Park herum 27 Prozent, 25 Prozent und sogar 21 Prozent. Da wohnen die Hamburger Arbeiter, nicht alle, aber die, denen es in diesem Lande nicht besonders gut geht – besonders viele Sinti, aber auch Afrikaner, Türken, Albaner und Russen. In Steilshoop gab es eine Wahlbeteiligung von 47,6 Prozent, in Jenfeld gerade mal 45,3 Prozent. In Rothenburgsort um die Marckmannstraße herum wollte nicht mal ein Drittel wählen gehen – 29,9 Prozent Wahlbeteiligung. Auf der Veddel waren es nur ein wenig mehr als ein Drittel, die wählen gingen. Ebenso war es in vielen Teilen Wilhelmsburgs. Etwas weniger als ein Drittel waren es rings herum um die Bornheide in Lurup.

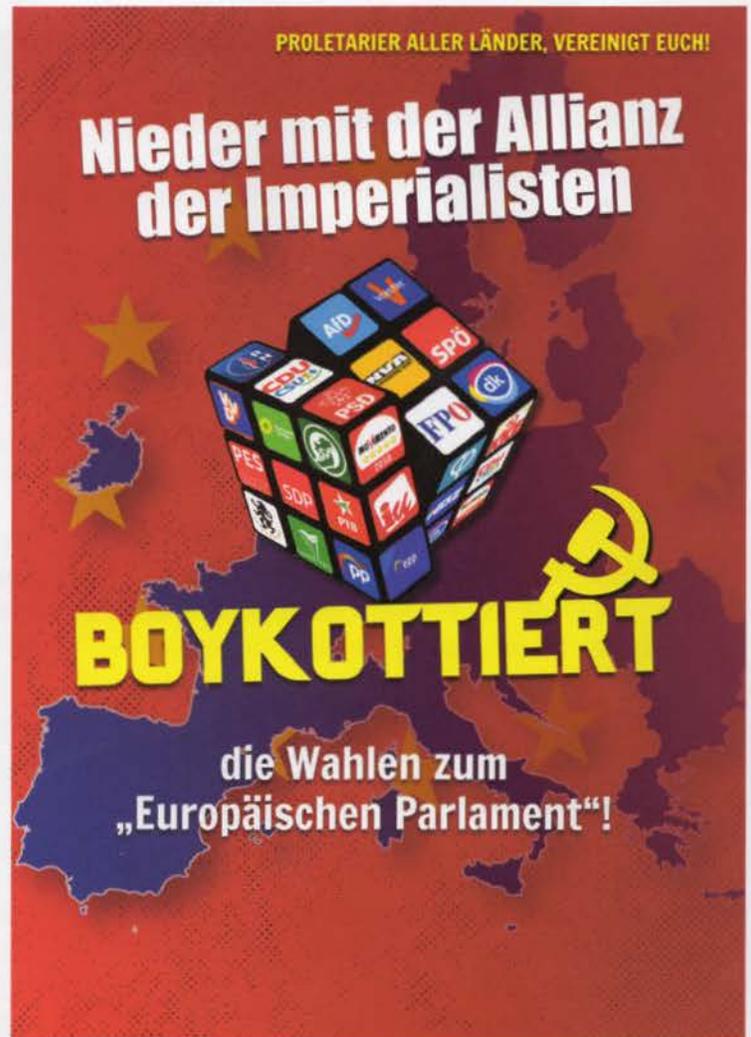
Betrachten wir in Deutschlands Westen Essen, dann ist die Stadt zwei geteilt. Im Norden ist die Wahlbeteiligung deutlich geringer als im Süden der A40, aber einige Stadtteile stechen hervor. In Altendorf sank die Wahlbeteiligung auf nur noch 43,8 Prozent. Am größten war der Rückgang im Ostviertel. 1,6 Prozent weniger als noch 2019 gingen dort an die Urnen. Nur 41,4 Prozent gaben dort ihre Stimme ab. Auf Schalke, dem bekannten Gelsenkirchener Stadtteil, wählten im Westen 43,7 Prozent, im Osten nur 37,8 Prozent.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen und die Ergebnisse wären stets die selben: Die tiefsten und breitesten Massen, die am meisten Ausgebeuteten und am meisten Unterdrückten, die sehen in ihrer Mehrheit kein Heil in den bürgerlichen Wahlen. Ihre Lebensrealität hat ihnen diese Illusionen ausgetrieben.

Was im internationalen Maßstab von den Genossen von „The Red Herald“ beschrieben

wurde, trifft auch auf eben diese Teile unserer Klasse zu: die Ablehnung des ‘Europäischen Parlaments’ durch die Völker der unterdrückten Nationen innerhalb der EU, des gesamten Betrugs dieser imperialistischen Union. Die Mehrheit der Bevölkerung, in den unterdrückten Nationen in der EU, bringt damit deutlich zum Ausdruck, dass die EU nichts für sie ist, dass die EU ein Instrument der imperialistischen Unterdrückung ihrer Länder ist, und dass sie keine Illusionen haben, dass sie innerhalb der Institutionen der EU irgendetwas zu sagen hätten. Die nationale Unterwerfung der unterdrückten Nationen in Europa ist ein entscheidendes Element für die Entwicklung der revolutionären Bewegung auf dem Kontinent. Dies unterstreicht erneut die dringende Notwendigkeit, im Kampf um die Rekonstitution der Kommunistischen Parteien in diesen Ländern voranzukommen.

Dies gilt es insbesondere auch für die Kommunisten und Revolutionäre in Deutschland zu erfassen, auch in der Frage der Umsetzung der ‘drei mit’, zu welchen Massen zu gehen ist. Auch in dieser Hinsicht waren die EU-Wahlen ein deutlicher Hinweisgeber. •



GEWALT GEGEN FRAUEN STEIGT

Das Lagebild „Häusliche Gewalt“ – eine jüngst veröffentlichte statistische Erhebung des Bundeskriminalamt zu Partnerschaftsgewalt und anderer innerfamiliären Gewalt von und gegen Eltern, Kinder, Geschwister und sonstige Angehörige – zeigt:

Die Zahl der gemeldeten Fälle von Gewalt ist erneut deutlich gestiegen. 2023 wurden demnach 256.276 Opfer von häuslicher Gewalt erfasst. Das sind 6,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor und nahezu ein Viertel aller in der polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Fälle von Gewalt seien Fälle häuslicher Gewalt.

Die Zahlen von polizeilich registrierter häuslicher Gewalt steigen nahezu kontinuierlich an, in den letzten fünf Jahren um fast 20 Prozent. Trotz dieser stark ansteigenden Anzahl davon auszugehen, dass viele Taten nicht bei der Polizei gemeldet werden und daher mit einem noch erheblich größeren Dunkelfeld zu rechnen ist.

Bei weitem muss eine Frau nicht erwachsen sein um in einem imperialistischen Land wie Deutschland Gewalterfahrungen zu machen. 2023 wurden deutschen Behörden etwa 16.500 Fälle bekannt, in denen Kinder unter 14 Jahren sexuell missbraucht wurden. Das entspricht einem Anstieg um 5,5



Überwiegend betrifft diese Gewalt Frauen: 70,5 Prozent der **Opfer** häuslicher Gewalt sind weiblich, während die **Täter** zumeist Männer waren – 75,6 Prozent.

Auch die Zahl derer, die im Zuge dieser Gewalt **getötet** wurden, steigt: 331 Menschen sind 2023 durch häusliche Gewalt ums Leben gekommen. Die Opfer waren dabei zu über 80 Prozent weiblich. Das bedeutet, dass mehr als jeden zweiten Tag eine Frau im Zusammenhang mit Partnerschafts- oder familiärer Gewalt ermordet wird.

Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Drei Viertel der Kinder, die sexualisierte Gewalt erlitten haben, waren Mädchen, die Täter sind zu 94 Prozent männlich. In mehr als der Hälfte aller verzeichneten Fälle kannten Täter und Opfer einander bzw. gehörten sie zur selben Familie. In einer separat erhobenen Kategorie des sexuellen Missbrauchs an Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren stieg die Zahl der Fälle ebenfalls. Es gab einen Anstieg um 5,7 Prozent auf 1.200 Taten. Auch hier ist festzustellen, dass mehr als drei Viertel der Opfer weiblich und mehr als 90 Prozent der Täter männlich gewesen sind. Zur Bewertung der Zahlen hieß es behördlicherseits, dass sich aus einer polizeilichen Kriminalstatistik „nur eingeschränkte

Aussagen über das tatsächliche Ausmaß“ sexualisierter Gewalttaten an Kindern und Jugendlichen treffen lassen.

Die folgende Statistik zeigt, wie die bürgerliche Kleinfamilie (und die im Imperialismus degenerierten Varianten davon) im Vergleich zum Rest der Gesellschaft eine ernsthafte Gefährdung von Leib und Leben von Frauen darstellt:

Nicht nur, dass die Polizei zugeben muss dem Problem nicht Herr zu sein oder zu werden, völlig unklar bleibt darüber hinaus in wie weit derartige Verbrechen aufgeklärt und die Täter entsprechend verurteilt werden, von Gerechtigkeit ganz zu schweigen.

Gesetze zum Verbot der innerehelichen Vergewaltigung (seit 1997!) oder den berühmten „Nein-heißt-Nein-Paragraphen“, zum „Schutz von Frauen“ haben verschwindend geringe Verurteilungsquoten. Der imperialistische deutsche Staat hat ein Interesse daran diesen Zustand des konstanten Terrors gegen Frauen durch ihre Partner und Angehörigen aufrecht zu erhalten.

Was tut der Staat nun? Welche umgehend Sofortmaßnahmen werden gefordert und umgesetzt? Passiert etwa das gleiche, wie im Zusammenhang mit Schutzsuchenden in Deutschland, die ein Gewaltproblem haben – wo mit dem „Argument“ der „Messermänner“ das Recht auf Asyl abgeschafft wird?

Bundesfamilienministerium und das Bundesinnenministerium haben beschlossen, dass Handeln erforderlich sein. Ihr Ziel ist es nunmehr, mittels statistischer Erhebungen und der Befragung von 22.000 Menschen ein „Gesamtbild“ zu erhalten. Das Dunkelfeld soll aufgehellt werden. Erste Ergebnisse sollen bereits 2025 vorliegen. Eine mehr als zynische Farce.

Die Roten Frauenkomitees – BRD, Teil des Roten Bunds, stellen fest: „Morde an ausländischen und migrantischen Frauen [werden] genutzt, um den

imperialistischen Chauvinismus weiter voranzutreiben. Wird eine deutsche Frau ermordet, lesen wir von einer „Beziehungstat“, oft weil der Täter mit einer Trennung nicht klar kam. Bei ausländischen und migrantischen Frauen wird hingegen von „Ehrenmord“ gesprochen. Somit wird versucht, den einen Mord als eine Tat eines verzweifelten verlassenen Mannes darzustellen, die andere als eine blutrünstige Tat irrationaler von einer vermeintlichen „Familienehre“ getriebenen ausländischen Männern. Doch beide Taten sowie die andere häusliche und partnerschaftliche Gewalt basieren in der absoluten Mehrheit auf patriarchalen Ideen, die in jeder Klassengesellschaft vorhanden sind. Die Gewalt gegen Frauen findet statt, weil sie Frauen sind und als minderwertig und Besitz betrachtet werden und ist somit patriarchale Gewalt. [...] Patriarchale Gewalt wird es innerhalb des imperialistischen Systems immer geben und wird erst Geschichte sein, wenn der Imperialismus Geschichte ist.“

Darum erheben die Roten Frauenkomitees in diesem Zusammenhang die Parolen:

**Welle auf Welle – Schlag auf Schlag –
Gegen Imperialismus und Patriarchat!**

**Gegen die imperialistisch chauvinistische
Instrumentalisierung patriarchaler Gewalt und
Frauenmorden! •**

Delikt(e)	Opfer insgesamt in PKS			davon Opfer Häuslicher Gewalt		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Gesamtsumme	1.053.544	604.646	448.898	256.276	75.561	180.715
Mord u. Totschlag ohne Totschlag auf Verlangen	2.811	1.908	903	758	249	509
gefährliche Körperverletzung	187.573	136.032	51.541	29.577	11.855	17.722
schwere Körperverletzung	581	417	164	97	32	65
KV mit Todesfolge	94	59	35	25	9	16
vorsätzliche einfache KV	462.137	268.783	193.354	144.343	43.495	100.848
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriffe	19.225	1.418	17.807	4.853	164	4.689
Bedrohung, Stalking, Nötigung	325.588	183.191	142.397	62.291	14.854	47.437
Freiheitsberaubung	5.624	1.926	3.698	2.722	528	2.194
Zuhälterei	138	4	134	34	1	33
Zwangsprostitution	319	20	299	63	0	63
Sexueller Missbrauch von Kindern, von Jugendlichen und von Schutzbefohlenen ab 14 Jahren	20.287	4.898	15.389	4.039	895	3.144
Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger	102	18	84	14	3	11
Entziehung Minderjähriger	2.643	1.394	1.249	2.222	1.233	989
Verstümmelung weiblicher Genitalien	3	0	3	0	0	0
Misshandlung von Schutzbefohlenen	5.708	2.863	2.845	4.416	2.196	2.220
Zwangsheirat	83	3	80	60	0	60
sexuelle Belästigung	20.628	1.712	18.916	762	47	715

PKS = polizeiliche Kriminalstatistik; Erhebung aus dem Jahr 2023

SCHALL UND RAUCH WEGEN LIKE?

In der Technischen Universität (TU) Berlin liegen einige turbulente Tage zurück. Während der Akademische Senat der Universität tagte, standen vor dem Gebäude Studenten, und zeigen „kritische Solidarität“ mit der Präsidentin der Universität, Geraldine Rauch, über deren Verbleib im Amt abgestimmt wurde. Ein Disziplinarverfahren gegen sich hatte die Uni-Präsidentin bei der Wissenschaftsverwaltung selbst beantragt. Nach der Sitzung wurden Rauch 24 Stunden gegeben, um die Entscheidung zu treffen, ob sie ihr Amt niederlegt oder nicht.

Doch erstmal einige Schritte zurück. Was hat zu dem ganzen Aufriss geführt? Ein Bericht der *Jüdischen Allgemeine* hatte auf dem persönlichen, inzwischen stillgelegten, X-Account von Geraldine Rauch beim „durchstöbern“ ihrer Likes einen Beitrag ausfindig gemacht, der Demonstrierende in der Türkei mit einem Transparent zeigt, auf dem eine Karikatur von Völkermörder und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zu sehen ist – abgebildet mit einem Hakenkreuz. Außerdem hatte Rauch laut dem Bericht (in dem natürlich auf widerlichste Weise der Völkermord am Volke Palästinas komplett geleugnet wird) unter anderem auch Tweets geliked, die die sogenannte „Wertepartnerschaft“ der BRD mit Israels Regierung „in Frage stellen“, sowie Beiträge in denen das, was Israel gerade in Gaza durchführt, auch als das benannt wird, was es ist: Ein Völkermord.

Die Folge, nach dem Erscheinen des Artikels: Der TU-Präsidentin wird vorgeworfen Antisemitin zu sein, und von mehreren Seiten wurde gefordert, dass sie zurücktritt. In einem persönlichen Gespräch teilte die Berliner Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) Rauch mit, dass sie von dieser erwarte, „den Sachverhalt öffentlich klarzustellen“. In einem schriftlichen Statement räumte Rauch ein, dass sie „einige antisemitische Beiträge“ auf der Plattform X geliked habe, und bot ihre „aufrichtige Entschuldigung“ an. Sie habe den Tweet wegen des Textes geliked, und das Bild gar nicht genauer betrachtet, erklärte sie und betonte, dass sie den Beitrag gar nicht erst geliked hätte, wenn sie die „antisemitische Bildsprache aktiv wahrgenommen hätte“.

Doch auch nach ihrer Entschuldigung wurde nach ihrer Absetzung gekreischt. Vorne mit dabei, die Berliner CDU. Bekanntlich die größten Helden, wenn es darum geht, gegen Chauvinismus zu kämpfen. „Lustigerweise“ sind sie dabei sogar auf X, ehemals Twitter, spezialisiert. Bei einem Wahlkampfauftakt rülpste der regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) folgendes Statement raus: *„Ich kann nur sagen, was sie gemacht hat, hat nicht nur der Technischen Universität geschadet, sondern dem Wissenschaftsstandort Berlin.“* Noch einen Schritt weiter ging Berlins CDU-Generalsekretärin Otilie Klein, welche forderte: *„Die Position der CDU Berlin ist hier eindeutig: Präsidentin Rauch muss gehen.“*

Nachdem im akademischen Senat knapp über die Hälfte dafür gestimmt hat, dass Rauch zurücktreten muss, und damit die Mindestgrenze zur sofortigen Umsetzung der Maßnahme, welche bei zwei Drittel liegt, nicht erreicht wurde, hatte die TU-Präsidentin die 24 Stunden bekommen, um selbst zu entscheiden, ob sie gehen will. Rauch gab bekannt, dass sie das Amt der Universitäts-Präsidentin nicht niederlegen will.

In einem Gespräch mit einem Rote Post Korrespondenten, erzählte ein Student, welcher auch an den Protesten während der Tagung des akademischen Senats teilgenommen hatte, dass die TU-Präsidentin von ca. 250 Studierenden unterstützt wurde. Doch das diese Unterstützung nicht aus Loyalität zu Rauch war, zeigte ein Gespräch mit einer Studentin in der TU-Mensa: *„Das, was mit Geraldine Rauch passiert ist, das war nicht in Ordnung. Das wegen einem Like solche Maßnahmen herangezogen werden ist überzogen. [...] Aber man darf dabei auch nicht vergessen, was sie zu den propalästinensischen Protesten gesagt hat, die in der Nähe der Uni, nicht weit von hier übrigens, stattgefunden haben.“* Sie drohte damit, dass wenn es zu einer Besetzung der Uni kommen würde, ähnlich wie es bei der Humboldt Universität der Fall war, würde sie „entsprechend handeln“. Also die Proteste gewaltsam durch die Polizei räumen lassen. Im gleichen Atemzug versichert sie aber, dass sie jederzeit zu einem „friedlichen Diskurs“ bereit sei. Auf jeden Fall sehr einladend seine Meinung zu äußern, wenn man bei Taten die dieser Meinung entsprechen verprügelt werden soll.

Doch auch wenn Rauch nun im Amt als Universitäts-Präsidentin nicht gehen will, und bleibt, ist sie an anderen Stellen gegangen worden. So hat der Pate von Hamburg Olaf Scholz (SPD) die

Präsidentin der TU

Berlin aus seinem Beraterkreis, dem sogenannten „Zukunfts-rat“ gestrichen. Der „Zukunfts-rat“ besteht aus Wissenschaftlern und Unternehmensvertretern und berät die Bundesregierung unter anderem in Technologie- und Innovationsfragen. Über die „neutrale“ bis „ablehnende“ Einstellung von Rauch, bezüglich Rüstungsforschung, berichteten wir bereits in einer früheren Ausgabe der Roten Post. Aber auch ihren Posten als Sprecherin der „Berlin University Alliance“, dem Berliner Hochschulverbund, gab sie nun vorzeitig auf.

Wenn man also eine kleine Auffrischung brauchte, um zu verstehen, was deutsche Staatsräson bedeutet, und wie sie in der Praxis aussieht, und wie freie Meinungsäußerung in Deutschland inzwischen aussieht, findet man in diesem Fall ein super Beispiel.

Wäre es in diesem Fall gelungen, die Uni-Präsidentin dazu zu bewegen, ihren Posten aufzugeben,

oder sie gar aus dem Amt zu heben, dann wären damit Tür und Tor geöffnet worden, um nicht nur einfache wissenschaftliche Mitarbeiter,

sondern auch

Professoren

und jede

weitere

Person, egal

von welchem

„Rang“

innerhalb der

Universität,

einfach so

raus zu

schmeißen. Ein

vermeintlich

„falscher“ Like

auf Social

Media reicht

aus.

Und wer sagt,

dass das bei den

Unis aufhört?

Wie die gleiche

Logik, angewandt

auf Leute mit

weniger Prestige in

dieser Gesellschaft,

aussieht, das zeigte

das Bundeskabinett

Ende Juni, als ein

Entwurf von Bundes-

innenministerin

Nancy Faser (SPD),

angenommen wurde,

in dem es heißt, wer

terroristische Taten

gutheißt, etwa in

sozialen Medien,

soll künftig schneller

ausgewiesen werden

können. •



Der Tweet, den Geraldine Rauch „geliket“ hatte.

DER KAMPF DER HAFENARBEITER

Die umstrittenen Pläne zum Einstieg der weltgrößten Reederei MSC beim Hamburger Hafenbetreiber HHLA schlagen in der Hansestadt immer weiter immer höhere Wellen. Bei einer öffentlichen Anhörung im Haushaltsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft gab es durchaus scharfe Kritik an dem vom rot-grünen Senat vorangetriebenen Deal. Hafendarbeiter und -ingenieure, Gewerkschafter und Kleinaktionäre sind gegen das Geschäft Sturm gelaufen. Damit verzögert sich die für den Abschluss noch notwendige Zustimmung der Bürgerschaft.

Der Deal ist nicht nur ein Streit zwischen Vertretern eines Staatskapitalismus und denen der nicht-staatlichen Monopole. Es gab unter anderem auch solche Kritik, dass der Konzern vor allem angesichts seines als besonders wertvoll erachteten Schienengeschäfts Metrans unter Wert verkauft werde.

Dass dieses Geschäft viele Haken hat, ist offensichtlich, allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die verantwortlichen Akteure planlos oder verkürzt auf die zukünftige Entwicklung schauen. Bürgermeister Tschentscher ist quasi Ziehsohn seines Vorgängers, dem berühmt-berüchtigten Gangsters von Hamburg, Betrüger und Deal-Macher, Olaf Scholz. Die Arbeitsbedingungen im Hamburger Hafen sind in den vergangenen Jahren geprägt worden durch Ausgliederungen, Logistik-Tarife und Zeitarbeit. Die gelben Gewerkschaften, hier ver.di, haben sich darum nicht nur nicht gekümmert, im Gegenteil. Der „wilde Streik“

im November wurde mit Verweis auf die Juristerei abgewürgt und die betroffenen Kollegen mehr oder weniger im Stich gelassen – „da kann man nichts machen“, ist die Haltung von ver.di diesbezüglich.

Eine Lösung, um die Löhne zu drücken und die Arbeiter weiter zu spalten, bietet sich dem Hamburger Senat durch die Teilprivatisierung. Damit würde sich die SPD dann auch nicht direkt die Hände schmutzig machen. Ein Beispiel dafür ist Slawa Fur, Betriebsratsvorsitzender bei der Containerreparaturfirma Medrepair. Medrepair ist eine 100-prozentige Tochter von MSC, und diese kündigte dem Betriebsratsvorsitzenden fristlos und wurde rechtlich dabei von einem als „Union-Buster“ bekannten Anwalt, Helmut Naujoks, vertreten. Entsprechend sind die Aussichten für die Hamburger Hafendarbeiter. Darum ist die auf Demonstrationen gerufene Parole „Unser Hafen, unsere Stadt – Macht den MSC-Deal platt!“ durchaus nachvollziehbar.

Beim bislang letzten Streik hatten die Hafendarbeiter die Arbeit in einem Warnstreik niedergelegt, weil wieder über ihren Lohn verhandelt wird. Um Druck zu machen, hatte die Gewerkschaft ver.di alle Seehafen-Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Brake und Emden zum zentralen Streik nach Hamburg gerufen. Das Ergebnis war ein 48-stündiger Stillstand – in dieser Zeit wurden keine Schiffe abgefertigt, keine Container auf LKW verladen. Betroffen waren nicht nur die großen Containerterminals, sondern auch Stauereien und der

Wilder Streik im Hafen im November



Stückgut-Umschlag. Rund 12.000 Menschen arbeiten in den bestreikten deutschen Seehäfen. Beeindruckend dabei ist neben der Kampfbereitschaft, welche die Hafentarbeiter immer wieder an den Tag legen, die Geduld, welche ver.di mit den Arbeitskäufern hat. Ganze sieben ergebnislose Verhandlungsrunden brauchte es, damit ver.di sich dazu durchringen konnte, einen zweitägigen Warnstreik durchzuführen.

Etwa drei Wochen vorher war ver.di nur dazu bereit, die Hafentarbeiter mit Beginn der Frühschicht zu einem nur 24-stündigen Warnstreik aufzurufen. Auch hier wurde die Abfertigung von Container- und Frachtschiffen in Deutschlands großen Nordseehäfen weitgehend lahmgelegt worden war. Betroffen waren die Häfen Hamburg, Emden, Bremen, Bremerhaven, Brake und Wilhelmshaven. Man stelle sich vor, die Hafentarbeiter würden einmal richtig streiken dürfen.

Beeindruckend ist auch historisches: Mit einem ersten Warnstreik in einer Spätschicht, sowie dem 24-stündigen Warnstreik vor dem unlängst abgehaltenen 48-stündigen Warnstreik summiert sich der streikbedingte Arbeitsausfall auf gerade einmal rund 80 Stunden pro Mitarbeiter. Dies ist es der längste Arbeitskampf in den Häfen seit mehr als 40 Jahren, und das Ausmaß des Streiks ist ein Armutszeugnis für die gelben Gewerkschaften.

Auf der bislang letzten Streikdemonstration kam es erneut zu Auseinandersetzungen mit der Polizei (Bild rechts). Diese griff die Demonstration an, weil sie angeblich jemanden festnehmen wollten, der angeblich einen Boller geworfen habe, wodurch angeblich mehrere Personen verletzt worden seien. Auf der Abschlusskundgebung am Besenbinderhof in der Nähe des Hauptbahnhofs griffen die Beamten an, hielten einen Mann fest. Die Situation eskalierte. Mehrere Hafentarbeiter drängten die Polizei zurück. Es flogen Flaschen aus der Menge. Die Polizei setzte Pfefferspray ein. Fünf Polizisten und fünf Demonstranten wurden nach Berichten verletzt. Es nahmen etwa 5.000 Menschen an der Demonstration teil.

Die Seite der Arbeitskäufer hatte im Vorwege an mehreren norddeutschen Arbeitsgerichten versucht, die Warnstreiks mithilfe von einstweiligen Verfügungen zu stoppen. Das gelang nicht. Bei der Verhandlung vor dem Hamburger Arbeitsgericht

zeigte sich aber, dass das Gericht Zweifel daran hat, ob beim Streikbeschluss der Arbeiter alle Formalien korrekt eingehalten wurden. Das Ergebnis ist nun ein Vergleich. Nach diesem Streik im Juni sind weitere Arbeitskämpfe bis zum 26. August ausgeschlossen. In anderen Städten, unter anderen in Bremen, Oldenburg und Wilhelmshaven wurde der Streik von den zuständigen Gerichten in den ersten Instanzen bestätigt.

Hamburgs Wirtschaftssenator Michael Westhagemann forderte anschließend die Gewerkschaft und die Arbeitskäufer dazu auf, sich auf ein Schlichtungsverfahren zu einigen. Die Streiks nannte Westhagemann schädigend, so etwas würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Hamburg schwächen. Bislang hat sich ver.di noch nicht darauf eingelassen, aber das wird nur eine Frage der Zeit ein.

Gegenwärtig fordert ver.di lediglich mindestens einen Inflationsausgleich für alle Beschäftigten. Die Arbeitskäufer beharren bislang auf maximal 12,5 Prozent, allerdings verteilt auf zwei Jahre. Darüber hinaus verweigert sich ver.di allerdings, den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeiter



nachzukommen und sowohl die Rücknahme der Strafmaßnahmen gegen die Arbeiter des wilden Streiks, als auch den Stopp des Deals mit der MSC zu fordern. Im Gegenteil wird – ganz in deutscher sozialdemokratischer Tradition – ökonomischer und politischer Kampf so strikt voneinander getrennt, dass jedem Beobachter die Absurdität ins Gesicht springt. •

LIEFERANDO VOR GERICHT



Lieferando-Fahrer und -Betriebsrat Tobias Horoschko

In vielen Branchen lässt sich gut beobachten, wie „langjährige, sichere und stabile“ Arbeitsplätze durch schlecht bezahlte und kurzfristige Jobs ersetzt werden, weil die Unternehmen den Lohn niedrig halten und den Profit damit vergrößern wollen. Die Bremer Straßenbahn AG beispielsweise lässt seit einiger Zeit zum Beispiel auf den Linien 29 und 52, wo die neuen Elektrobusse zum Einsatz kommen, „billige“ migrantische Arbeitskräfte, die über Subunternehmen angestellt werden, als Fahrer ran. Dass ein Job wie Busfahrer, wo Tarifvertrag und Festanstellung bei dem großen lokalen Verkehrsunternehmen über Jahre hinweg eine Selbstverständlichkeit waren, zeigt, in welche Richtung sich die Sache entwickelt. Große Unternehmen scheuen keine Tricks, um an billige Arbeitskraft ran zu kommen. Das „Outsourcing“, wie im Falle der BSAG, also die Ausbeutung der Arbeiter vermittelt kleinerer Subunternehmen (die manchmal auch groß sein können), die man für ihre Leistungen unterdurchschnittlich bezahlt, und die infolge dessen „gezwungen“ scheinen, ihren Arbeitern so wenig zu zahlen, ist eine Methode. Andere große Unternehmen, insbesondere in der Dienstleistungsbranche, tricksen direkt in ihren Verträgen und bieten den meist ausländischen Mitarbeitern eine unsichere Stelle mit niedrigem Lohn. So tut es auch der Fast-Food-

Lieferant „Lieferando“. Dieser muss sich für seine Praktiken aktuell in mehreren Fällen vor dem Bremer Arbeitsgericht verantworten, weil der Betriebsrat entschlossen gehandelt hat.

Die Praxis dort ist folgende: Lieferando beschäftigt 150 Mitarbeiter in Bremen, wovon ungefähr zwei Drittel in Probezeit arbeiten. Die Probezeit – dagegen klagt der Betriebsrat in mehreren Verfahren – endet damit, dass einem am letzten Tag gekündigt wird. So drückt Lieferando den Lohn, schafft permanente Unsicherheit unter der Belegschaft und will durch das ständige Kommen und Gehen verhindern, dass man sich gegen die schlechten Bedingungen organisiert. Vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg zweifelt Lieferando die Existenzberechtigung des Bremer Betriebsrates an, da es keinen eigenständigen Bremer Lieferando-Betrieb gäbe. Bis 2022 wurden die Städte Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Braunschweig und Göttingen im „Betriebsrat Nord“ zusammengefasst, mehr Betriebsräte ließ Lieferando nicht zu. Dazu übernahm das Unternehmen auch keine Fahrtkosten zwischen den Orten, wodurch eine funktionierende Zusammenarbeit erschwert wurde. Im Dezember 2022 setzte man in Bremen aber dann die ersten Wahlen für den lokalen Betriebsrat durch, die Klage

von Lieferando läuft seitdem, in erster Instanz hat Lieferando im Januar „Recht“ bekommen für seine neue Definition der Betriebseinheiten im Norden.

Der Alltag der Lieferando-Arbeiter ist, dass eine Suppe im Rucksack ausläuft und man nach Hause fahren muss, berichtete Lieferer Poshan Khanal schon 2022. Um vernünftig weiterarbeiten zu können, müsse er Pause anmelden, sodass für ihn keine neuen Lieferungen kommen, und nach Hause fahren, um das Equipment zu reinigen, und dann zurück ins Liefergebiet. Diese Zeit wurde ihm nicht bezahlt, obwohl es eigentlich Arbeitszeit ist. Hinzu kommt, dass Lieferando eigentlich Dienstfahrräder und Handys stellen muss, die Kollegen aber in der Regel eigene Handys und Fahrräder nutzen muss, die im Schadensfall auch nicht ersetzt werden.

Der Bremer Lieferer und Betriebsrat Tobias Horoschko berichtet, dass etwa 90 Prozent der in Bremen beschäftigten Arbeiter Ausländer seien, die auf die Stelle angewiesen sind, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu verlieren, und von denen viele ihre Rechte nicht kennen. Lieferando spielt für seine Profitzwecke mit der Existenzangst seiner Arbeiter. Wenn man nach der Probezeit vor die Tür gesetzt wird, hat man lediglich die Möglichkeit, sich eine Stelle der selben Art zu suchen, wo man wahrscheinlich abermals nicht lange bleiben kann. Für viele ausländische Arbeiter in Deutschland ist das ein Hamsterrad, in das man ohne Staatsbürgerschaft und größere Sprachkenntnisse voll und ganz gezwungen wird. Entgegen der widerlichen Lügen, die die Bourgeoisie verbreitet, ist der Grund nicht Faulheit, dass die Kollegen nicht „vernünftig arbeiten“ würden oder etwas derartiges, sondern dass das System sie als billige, wegwerfbare Arbeitskräfte will und als nichts anderes. Umso begrüßenswerter ist es, dass in Bremen dagegen gekämpft wird, dass die Situation von Migranten für größere Profite ausgeschlachtet wird. Hier stellt man die in den Vordergrund, die am schlechtesten behandelt werden, und kümmert sich nicht in erster Linie um die Interessen der eh schon bessergestellten – meist deutschen – Arbeiter. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Überwindung des Hauptproblems der Arbeiterklasse in diesem Land – ihre von oben organisierte und verbreitete Spaltung in „Deutsche“ und „Ausländer“. Dass es in einem Unternehmen im „Niedriglohnsektor“ überhaupt zu einem Arbeitskampf kommt, wie jetzt mit der Klage vor dem Bremer Arbeitsgericht, ist äußerst selten.

Die Menge an den eingangs beschriebenen „Billig-Jobs“ nimmt Jahr für Jahr zu. Die Behauptung, der sogenannte Niedriglohnsektor würde seit der Einführung des Mindestlohns schrumpfen, ist eine Verdrehung der Realität; einerseits nimmt in den letzten Jahren der Umfang der „Schattenwirtschaft“ (Schwarzarbeit) zu, andererseits ist die Definition der „Niedriglohnschwelle“ über das mittlere Einkommen alles andere als vielsagend und zudem die Berechnung des Reallohnindex und Inflationsbereinigung undurchsichtig. In diesem also tatsächlich wachsendem Bereich von sehr schlecht bezahlten und unsicheren Jobs fehlt es ganz besonders an Organisation.

Unterschiedliche Sprachen bei vielen Menschen aus unterschiedlichen Nationen und das Kommen und Gehen sind ein Hindernis, so drückt es der Bremer Betriebsrat Horoschko aus: *„Unbefristete Verträge sind nichts mehr wert und die Menschen können nichts tun, weil sie oft ihre Rechte gar nicht kennen. Hire and Fire – so lautet das Motto der Unternehmensleitung.“* Das Bremer Beispiel von Lieferando zeigt im Kleinen, dass es möglich ist, sich zu organisieren. Wenn man sich an solchen Orten organisiert, dann schließen sich diejenigen von uns zusammen, die am meisten Grund zu kämpfen haben, und das ist eine sehr gute Sache und deshalb verdient die gute Arbeit des Lieferando-Betriebsrates in Bremen Beachtung.

Dabei ist natürlich zu beachten, dass die Arbeit des Betriebsrats extrem beschränkt ist und bleibt. Alleine schon der Ursprung der heutigen Betriebsräte, als sozialdemokratisches Äquivalent der mussolinischen Korporativismus im Deutschland der 1920er Jahre, macht dies sehr deutlich. Auch heute noch ist der Betriebsrat verpflichtet, zum „Wohle des Unternehmens“ zu agieren. Auch von dem Prozess vor dem bürgerlichen Gericht ist mit Sicherheit nicht viel zu erwarten, trotzdem ist es wichtig, dass man einen ersten Schritt macht, sich vereint und aktiv wird. Wie es dann weitergeht, wie man den Kampf konkret weiterentwickelt, das muss man dann im einzelnen entscheiden. Im Allgemeinen gilt es freilich, den ökonomischen Kampf mit dem Kampf um die Macht zu verbinden und im Kampf die Kollegen zu formen, bestehende Grenzen zu überschreiten. •

DUISBURG GEGEN DIE KOMPLIZEN DES VÖLKERMORDS

Zum Abschluss des EU-Wahlkampfes wollte der deutsche Kanzler, der Pate von Hamburg, Olaf Scholz, Duisburg besuchen, um sich selbst feiern zu lassen. Statt Applaus erwartete den Kanzler jedoch eine aufgeheizte Stimmung vor dem Stadttheater und lautstarke Proteste gegen die Komplizenschaft des deutschen Imperialismus im Völkermord der israelischen Schlächtern gegen das heldenhaft kämpfende Volk Palästinas.

Sicherlich hatten sich die Köpfe der SPD, welche gerne das Image einer Arbeiterpartei zum Stimmenfang benutzt, den Tag anders vorgestellt, war doch allerlei Parteiprominenz vor Ort. Neben der Spitzenkandidatin für die EU-Wahl, Katarina Barley, und Pate Scholz, waren auch die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil, die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, sowie die SPD-Landesspitze Sarah Philipp und Achim Post zum Duisburger König-Heinrich-Platz geladen.

In der Stadt an der Mündung der Ruhr in den Rhein versammelten sich außer den üblichen hauptsächlich Parteigängern und -funktionären jedoch nur relativ wenige Unterstützer der SPD, welche laut statistischen Erhebungen mittlerweile weniger „Arbeiterpartei“ als die AfD ist.

lichen und Palästina-solidarischen Menschen, darunter natürlich auch Aktivisten des Roten Bundes NRW, um gegen den Völkermord in Palästina, gegen die israelischen Gräueltaten und die Mittäterschaft des deutschen Imperialismus und seiner Bundesregierung zu demonstrieren.

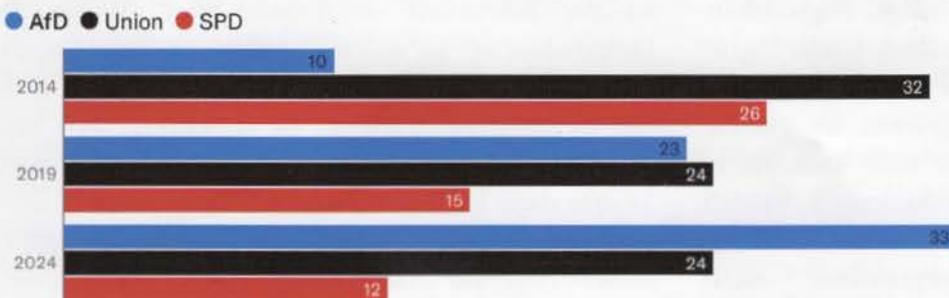
Am 1. März erhob Nicaragua beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag Klage gegen Deutschland. In dieser wird Deutschland und der verantwortlichen Bundesregierung stichhaltig unter anderem vorgeworfen, dass es aufgrund seiner unermüdlichen Unterstützung Israels, einschließlich Waffenlieferungen, seiner nach internationalem Recht bestehenden Verpflichtung, den Völkermord am palästinensischen Volk zu verhindern, nicht nur nicht nachgekommen ist, sondern unter Verletzung der Völkermord-Konvention zur Begehung von Völkermord beigetragen habe. Einem Eilantrag Nicaraguas Deutschland anzuweisen, militärische und sonstige Hilfen für Israel umgehend einzustellen wurde zwar nicht stattgegeben, trotzdem sieht sich die BRD korrekterweise mit dem Vorwurf der Beihilfe zum Völkermord konfrontiert, auch weil Deutschland im vergangenen Jahr, mit Beginn der gegenwärtig laufenden Völkermordkampagne Israels und seiner US-amerikanischer Herren,

alleine Waffenlieferungen im Wert von 326,5 Millionen Euro an Israel genehmigt hatte - zehnmal so viel wie im Vorjahr. Aber weder dies, noch die jüngsten deutlichen Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Israel, und schon gar nicht die fast 50.000 Toten (offizielle Zahlen sprechen von rund 38.000 identifizierten Toten und etwa 11.000 in den Trümmern des Gazastreifens

Vermissten), darunter sehr viele Kinder und Jugendliche, bringen die Bundesregierung von der deutschen Staatsräson ab.

Arbeiter wandern zur AfD ab

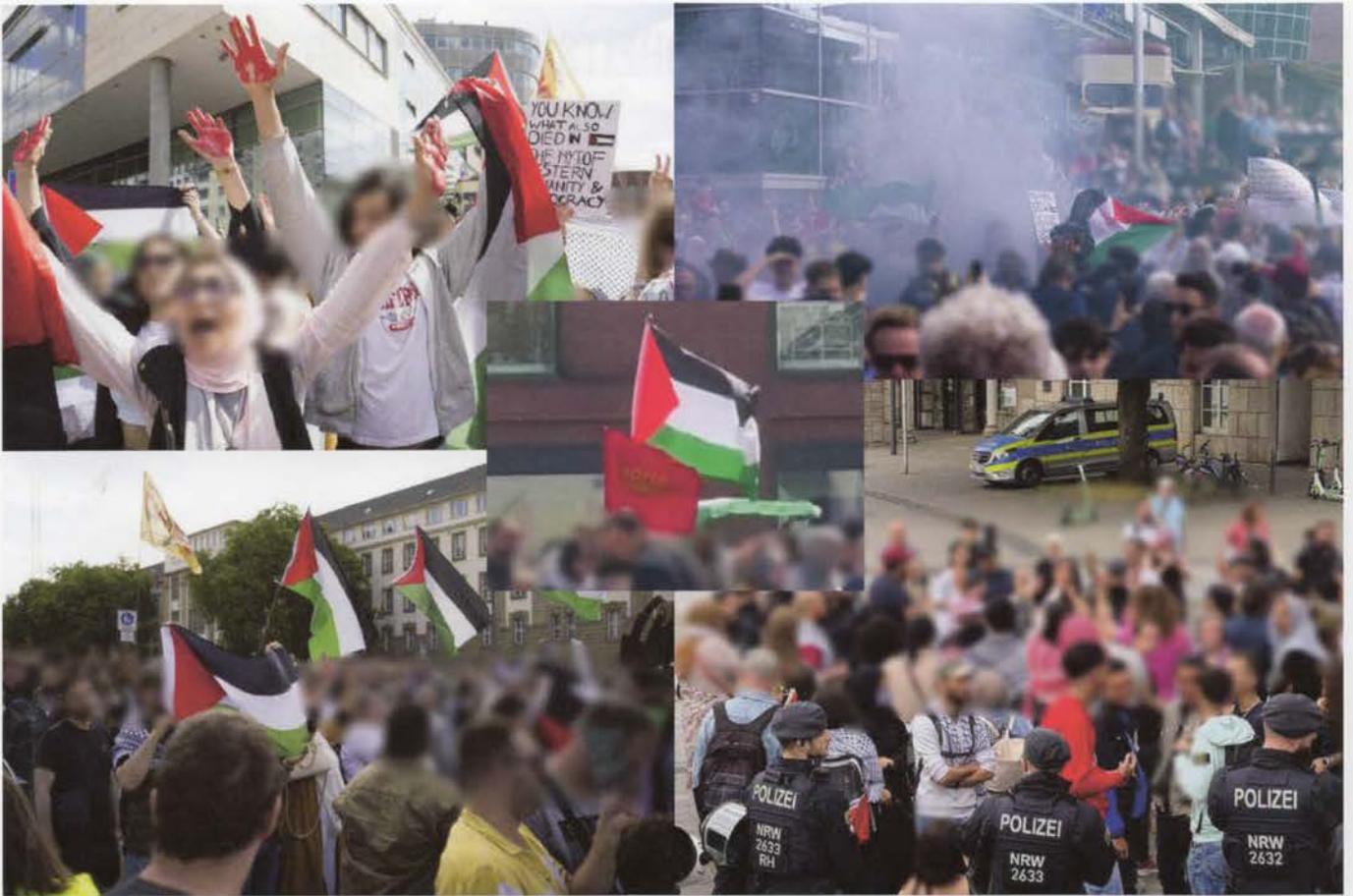
Stimmanteile unter Arbeitern¹ bei Europawahlen



¹ Anteil der Befragten, die sich selbst zu den Arbeitern zählen. Quelle: Infratest dimap

NZZ / sih.

In Duisburg versammelte sich jedoch eine ansehnliche Gruppe, bestehend aus Palästinensern, fortschritt-



Neben einer erlaubten Demonstration, die sich in einem Abstand zum Wahlzirkus aufbaute, gab es auch Aktivisten, welche sich offensiver engagierten und unmittelbar vor und teils innerhalb der SPD-Wahlkampfveranstaltung protestierten.

Die Sprechchöre der Demonstranten, in Richtung der SPD-Gränden, störten die Veranstaltung zunehmend: „Blut an euren Händen“, „Shame on you“, „Free Gaza“, „Stop the Genozid“ und „Kindermörder“ wurde immer wieder lautstark gerufen.

Die Palästina-solidarischen Demonstranten zündeten um ihren Unmut zu unterstreichen auch mehrfach Pyrotechnik. Dazu kam es bereits kurz nachdem Olaf Scholz die Bühne betrat und seine Rede begann. Während der Pate Scholz, der sich wohl mit den Verbrechen in Israel besonders stark verbunden fühlt, auf der Bühne, die mittlerweile aufgedeckte und in aller Öffentlichkeit entlarvte Lüge von Massenvergewaltigungen durch die Nationale Widerstandsfront Palästinas – so gab die israelische Staatsanwaltschaft gegenüber der Haaretz zu, dass es keine Beweise gäbe und entsprechend auch keinerlei Anklage – wiederholte, ging die Polizei gegen den legitimen und gerechtfertigten Protest vor.

Die Demonstranten wurde abgedrängt, an den Rand der Veranstaltung. Es wurde ein Kessel gebildet und unter Zwang eine Identitätsfeststellung der gefangenen Demonstranten betrieben. Es wurden unter fadenscheinigen Vorwänden unter anderem Strafverfahren wegen einer angeblich nicht angemeldeten Versammlung (1. muss eine Versammlung weder angemeldet, noch genehmigt werden; 2. waren die Demonstranten offensichtlich Teil einer Versammlung, die nicht polizeilicherseits bemängelt wurde, und lediglich mit deren Inhalten nicht einverstanden) und wegen des mehrmaligen Zündens von Pyrotechnik erstatet worden, hieß es von Seiten der Polizei. Diese weitere Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit fand auch unter dem Vorwand von „möglicherweise strafrechtlich relevanten Parolen“ statt.

Der Moral der Aktivisten tat dieser Angriff der Polizei jedoch keinen Abbruch. Der Kampf des Volkes von Palästina ist heute wie kein anderer in der Welt inspirierend und entfacht den Kampfgeist. Der Rote Bund ist dem verpflichtet. Nur wer kämpft kann siegreich sein – die Völker der Welt werden sich selbst befreien! •

ABBAU DER GESUNDHEITSVERSORGUNG



Pleite und vor Umstrukturierung: die Rotkreuzklinik in Wertheim

Baden-Württemberg ist bekannt als eines der reicheren Bundesländer, in welchen es verhältnismäßig wenig Armut gibt. Dennoch ist ein großes Problem hier in Baden-Württemberg die Gewährleistung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung für die Menschen. Ein Problem, welches sich in Zukunft noch verschärfen wird.

Immer wieder sind Krankenhäuser von Schließungen bedroht. So aktuell auch die Rotkreuzklinik im ländlichen Wertheim. Die Klinik ist pleite und soll an einen neuen Investor verkauft werden. Dieser möchte, ganz im Sinne der Lauterbach'schen Krankenhausreform, die Klinik in ein spezialisiertes Amputationszentrum umwandeln. Für viele Bereiche der Klinik bedeutet dies Umstrukturierung oder Schließung. Auch wenn die Übernahme erst ab Juli vonstatten gehen soll, wurden bereits im Juni Schließungen umgesetzt und Kündigungen ausgesprochen. Die Notaufnahme wurde Anfang Juni dauerhaft geschlossen und seitdem werden keine neuen Patienten mehr aufgenommen. Für die Menschen in der Region hat dies gewaltige Auswirkungen, denn das Rotkreuzklinikum war das einzige Krankenhaus, welches sich in der Nähe befand. Mit der Schließung der Notaufnahme ist das nächste

Krankenhaus nun 45 Minuten Autofahrt entfernt. Gerade für medizinische Notfälle, bei welchen es um jede Sekunde geht, ist eine solche Fahrzeit viel zu lange und wird zwangsläufig auch zum Tod einiger Menschen führen, die auf dem Weg ins nächste Krankenhaus einfach im Rettungswagen sterben werden.

Ein Krankenhaus, das ebenfalls von einer kommenden Schließung betroffen ist, ist die Sankt Anna Virngrund Klinik in Ellwangen. Diese ist die modernste Klinik in der Region, allerdings soll sie aufgrund einer schlechten wirtschaftlichen Lage saniert werden. In dieser Sanierung soll, nach gemeinsamer Planung von Landrat und Klinikbetreiber, ein großer Teil des Krankenhauses geschlossen und die Belegschaft entlassen werden. Bereiche wie der OP, die Geburtshilfe, Gynäkologie, komplexe Gastroenterologie, Viszeralchirurgie, onkologische Chirurgie und die Unfallchirurgie sind solche, die geschlossen werden sollen. Diese Umstrukturierung entspricht auch voll und ganz den Vorgaben der Krankenhausreform von Lauterbach, da das Klinikum, im Sinne des Gesundheitsministeriums vorbildlich in eine sogenannte Level 1 Klinik für „Niedrigstufige Versorgung“ umgewandelt werden soll. Zwar soll es noch weiterhin

eine Notaufnahme geben, allerdings ist kein OP mehr in dem Klinikum verfügbar, was die angeblich noch vorhandene Notfallversorgung stark einschränkt. Menschen mit tatsächlich ernsthafteren medizinischen Notfällen müssen in einem anderen Krankenhaus behandelt werden. Die Krankenhäuser, die diese wegfallenden Bereiche nun kompensieren sollen sind die Krankenhäuser in Aalen und Mutlangen. Diese haben allerdings nicht das technische Equipment, welches die Klinik in Ellwangen hat. All das Steuergeld, welches für die Ausstattung und den Ausbau der Ellwanger Klinik ausgegeben wurde, müsste also erneut ausgegeben werden.

In den letzten Jahren gab es zahlreiche ähnliche Fälle wie diese, sowohl in Baden-Württemberg als auch in den anderen Bundesländern. Meist sind es Kliniken in ländlichen Regionen, welche aufgrund „schlechter Wirtschaftlichkeit“ geschlossen oder wie in den beiden Fällen „umstrukturiert“ werden sollen, was letztlich aber nahezu auf das Gleiche herauskommt.

Ein Grund für diese Lage in der sich die Kliniken befinden ist das System der Fallpauschalen. Nach diesem System erhalten Krankenhäuser finanzielle Vergütungen für bestimmte Leistungen. Je öfter und billiger medizinische Behandlungen durchgeführt werden, desto mehr Geld erwirtschaftet die Klinik. Dabei werden bestimmte Behandlungen höher vergütet als andere. Das bedeutet, dass die wirtschaftliche Lage eines Krankenhauses davon bestimmt ist, dass sie viele Patienten haben an denen sie schnell viele Behandlungen durchführen, und dass sie sich auf lukrative Bereiche wie Kardiologie, Orthopädie, Stroke Unit etc. konzentrieren. Kleinere Kliniken im ländlichen Raum, die entweder nicht so viele Patienten haben, wie die im städtischen Raum und/oder keinen großen Schwerpunkt in gut vergüteten Bereichen, geraten dadurch in eine finanzielle Schieflage.

Das System der Fallpauschalen führt folglich zu einem großen Kliniksterben, insbesondere auf dem Land. Entsprechend ist das großflächige Baden-Württemberg auch eines der Bundesländer, welches mit am stärksten davon betroffen ist. Im letzten Jahr war Baden-Württemberg auf Platz drei der Bundesländer mit den meisten Krankenhausschließungen, hinter Bayern auf Platz zwei und NRW auf Platz eins. Bundesweit gibt es heute im Vergleich zu Anfang der 1990er Jahre ganze 21 Prozent weniger Krankenhäuser, während gleichzeitig die Anzahl an zu behandelnden Patienten im Vergleich um 16,8 Millionen angestiegen ist.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach versprach zwar, dem System der Fallpauschalen mit seiner Krankenhausreform den Kampf anzusagen und die öffentliche Gesundheitsversorgung zu verbessern, doch in der Realität ist das Gegenteil der Fall. In der Reform, die zum Jahreswechsel beginnen soll, ist keinesfalls vorgesehen die Fallpauschale abzuschaffen, sie soll vielmehr nur eine weniger relevante Rolle bei der Finanzierung spielen. Krankenhäuser sollen sich in erster Linie durch eine feste kontinuierliche Vergütung finanzieren. Diese feste Vergütung sollen sie dafür erhalten, dass sie bestimmte medizinische Behandlungen anbieten und verfügbar haben.

Entsprechend der medizinischen Ausstattung sollen demnach die Krankenhäuser in verschiedene Stufen eingeteilt werden, welche entsprechend mehr oder weniger Geld erhalten. Stufe-3-Krankenhäuser wären die fachlich und technisch am weitesten ausgestatteten Krankenhäuser, die am besten finanziert werden. Darunter fallen beispielsweise die Universitätskliniken. Stufe-1-Krankenhäuser wären solche, die lediglich eine sogenannte „Grundversorgung“ anbieten. Ein Beispiel dafür sind die Pläne für das genannte Sankt Anna Virngrund Klinikum in Ellwangen. Neben der niedrigen Stufe 1 Vergütung spielt auch die Abrechnung der Fallpauschalen eine Rolle. Krankenhäuser sollen nur noch medizinische Leistungen abrechnen, wenn dem Krankenhaus die entsprechende Leistungsgruppe zugeteilt wurde. Dafür muss das Krankenhaus über entsprechende technische und personelle Ausstattung verfügen. Im aktuellen Moment behandeln zahlreiche kleine Krankenhäuser diverse Fälle, ohne die Voraussetzungen der vorgegebenen zukünftigen Leistungsgruppe zu erfüllen. Beispielsweise wird ein Schlaganfallpatient, der notfallmäßig in einem Krankenhaus ohne Stroke Unit Station behandelt wird, künftig nicht mehr von den Krankenhäusern abgerechnet werden können. Laut der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft sieht sich durch diese Pläne jede zweite Klinik im Bundesland mit der Schließung bedroht.

Letztlich geht es bei den Plänen von Lauterbach in keinster Weise darum, das Gesundheitssystem zu verbessern. Es geht lediglich um eine Umstrukturierung, durch die, auf Kosten der Gesundheit des Volkes, zum einen Krankenversicherungskonzerne Geld einsparen und zum anderen Konzerne wie Asklepios mehr Geld einnehmen können – mehr Profite für die Monopole, anstelle einer flächendeckenden und allseitigen Gesundheitsversorgung. •

HIND'S HALL

Der aktuelle Megahit von Macklemore, „HIND'S HALL“, ist ein eher untypisches Lied, um auf Platz 2 der Billboard Rapcharts einzusteigen. Denn es ist ein Pro-Palästina Protestsong. Das Lied ist den protestierenden Studenten in den USA gewidmet. Der Titel „HIND'S HALL“ ist übrigens die Umbenennung eines Universitätscampus in den USA, die die protestierenden Studenten vorgenommen haben. Hind Rajab war der Name eines von israelischen Geschossen getöteten sechsjährigen palästinensischen Mädchens.

Macklemore hat sich bis jetzt viel dadurch ausgezeichnet, ironische Partylieder wie „Thrift Shop“ (sich geil kleiden mit kleinem Budget im Second-Hand-Laden) und „Downtown“ (der Coolste sein, indem man ein Moped fährt) rauszuhauen. Diese sind immer tanzbar, und sein absoluter Party-Smashhit „Can't hold us“ (hart Party machen und Spaß haben) hat 2,3 Milliarden Wiedergaben auf Spotify.

Aber nun kommen jeden Tag Millionen an Hörern bei seinem neuen Lied „HIND'S HALL“ dazu. Nach einem Dreivierteljahr Kriegsgeschehen ist dieses im kommerziellen Raum der einzige große Protestsong zum Gaza-Krieg. Macklemore ist ein bürgerlicher Künstler, der mit bürgerlicher Kultur Unsummen an Geld macht. Im Klassenkampf stellen sich aber in einigen Situationen Teile der besitzenden Klassen in Punkten auf die Seiten der Unterdrückten. Genau das beschreiben wir auch im International-Artikel über die Frage der unterschiedlichen Kräfte, die antiimperialistische Kämpfe anführen. Entsprechend ist es gut, Macklemore in dieser Frage auf unserer Seite zu haben.

Im Song selbst wird erwähnt, dass die namhaften Künstler alle Komplizen auf der „Plattform des Schweigens“ seien. Dieses Lied hat wegen seiner enormen Reichweite und eben diesem Bruch des Schweigens eine wichtige Bedeutung in der Musikwelt. Es ist fortschrittlich, dass er den Krieg in Gaza explizit erwähnt und zudem auch sagt, was uns allen als Pro-Palästina-Kämpfern unterstellt wird: *„Wir entlarven ihre Lügen: Wenn sie sagen, dass wir antisemitisch sein sollen, obwohl wir anti-zionistisch sind. Ich sehe die jüdischen Brüder und Schwestern, die mit uns in Solidarität ‚Free Palestine‘ rufen.“*

Natürlich ist unser Standpunkt, dass nur das palästinensische Volk sich selbst befreien kann. Fortschrittlich wäre auch, wenn Macklemore die Schande des Verbrechens nicht „white supremacy“ nennen würde, sondern es so ausspricht, wie es überall auf der Welt ist: Der Imperialismus ist unser Feind! Denn die Vorherrschaft ist imperialistisch und Menschen aller Hautfarben (auch wenn es bei Nicht-Weißen erst mal unwahrscheinlicher ist) können in der Position der Unterdrückten stehen, wenn sie der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, angehören. Die Massen müssen kämpfen und sich vereinen. Da dieses Lied



explizit für die Studenten der USA geschrieben ist, schließt es natürlich nicht alle Massen mit ein, vor allem nicht den Kampfgeist der Proletarier. Jedoch gibt Macklemore den kritischen US-Amerikanern eine Stimme und das ist besser als nichts zu sagen. Vor allem ist der Song wichtig, weil er dem breiten Publikum die Informationen und Bilder bietet, die wir uns alle vor Augen halten (müssen): *„Sie zerstören*



Macklemore

jede Uni in Gaza und jede Moschee, drängen alle nach Rafah und lassen die Bomben fallen“. Hier ist der Song übrigens in Kürze erschreckend kraftvoll gealtert: Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung sind noch keine Bomben auf Rafah direkt abgefeuert worden. Dies geschah erst, während der Song schon gespielt wurde. Wenn man die Zeilen jetzt hört, haben sie einen extrem durchdringenden und bitteren Geschmack, der die schreckliche Extreme des Genozids aufzeigt. Weiter geht es auch mit einer klaren Überleitung zum aktuellen Präsidenten: „Das Blut klebt an deinen Händen, Biden, wir können es alle sehen! Und verdammt noch mal nein, ich wähle dich nicht im Herbst!“ Der Song propagiert auch keine Wahlalternative. Worauf auch verzichtet wird, ist, was in so vielen Meinungen und Posts öffentlicher Künstler immer wieder auftritt: Macklemore verzichtet darauf, irgendwelche Kritik an der Nationalen Widerstandsfront auszuüben. Dieses Thema wird ausgelassen und Macklemore ist einer der wenigen Stars, die sich nicht in Sicherheit wiegen wollen, ihre Beliebtheit dadurch zu verlieren, dass sie nicht gegen den falsch betitelten „Terrorismus“ sind. Was er gleich zu Beginn sagt, als sich der Song noch langsam und würdevoll aufbaut: „When I was seven, I learned a lesson from Cube and Eazy-E. What was it again? Oh yeah: Fuck the police!“, das muss man sich anhören, um den treffenden Groove dieser Zeilen zu fühlen, die auf den legendären Hip-Hop-Song „Fuck tha Police“ von N.W.A zurückgehen. Kritik an dem Vorgehen der Polizei tritt in dem Lied auch auf, als er beschreibt, dass es natürlich kein Verbrechen ist, wenn die Studenten seines Landes Zelte aufbauen und vor

ihren Unis protestieren. Was er von seiner pazifistisch-bürgerlichen Position aus beschreibt, ist die Forderung nach einer „Waffenruhe“, und nicht der Sieg des Volkes von Palästina.

Eine interessante neben-sächliche Information ist übrigens, dass man im Video zu dem Lied ein Zelt im Geflüchtetenlager in Gaza sieht, auf dem steht „Thank you, American universities. Thank you students for Columbia“. Dies ist ein eindrückliches Zeugnis dafür,

dass die Proteste bis zu den betroffenen Menschen durchdringen. Wir müssen uns vor Augen halten, dass jeder Protest die Menschen dabei stärkt, durchzuhalten – und noch wichtiger – dass die Herrschenden nicht ungesehen davonkommen, weil Aktivisten die Macht haben, Aufsehen zu erregen. Es ist richtig und wichtig, auf die Straße zu gehen!

Die Abschlusszeilen des Songs in unseren Ohren: „Was bist du bereit zu riskieren? Was bist du bereit zu geben? Was wäre, wenn DU in Gaza wärst? Was wäre, wenn dies DEINE Kinder wären? Wenn der Westen so tun würde, ALS WÜRDEST DU NICHT EXISTIEREN? Du würdest wollen, dass die Welt für dich aufsteht und die Studenten haben es letztendlich getan.“ •



SCAN ME

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

**VORTRAG: EINLEITUNG ÜBER DIE
VOLKSKRIEGE AUF DER WELT**

19.7. | 18 UHR

PARADOX, BERNHARDSTRASSE 12, BREMEN

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Fest der Völker in Duisburg-Hochfeld

Quelle: demvolkedienen.org

**ROTE
POST** 